

Die EU und Zentralasien: Strategie für eine neue Partnerschaft

I. Einleitung: Die EU und Zentralasien

Zentralasien ist seit Jahrhunderten ein Bindeglied zwischen Europa und Asien. Die Region liegt an einer strategisch wichtigen Schnittstelle zwischen den beiden Kontinenten. Die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan haben seit der Unabhängigkeit im Zuge des politischen und wirtschaftlichen Wandels entscheidende Entwicklungen vollzogen. Sie haben Eigenstaatlichkeit erlangt und das multiethnische Verständnis und die Kommunikation zwischen den Religionen bewahrt. Mit ihrem Beitritt zur OSZE haben sie sich zu den Werten, Normen und Verpflichtungen dieser Organisation bekannt, und sie haben sich durch die Unterzeichnung der Millenniums-erklärung der Vereinten Nationen ehrgeizige Ziele gesetzt.

Mit Anbruch des 21. Jahrhunderts ist die Zeit für eine neue Partnerschaft zwischen der EU und den zentralasiatischen Staaten in einer globalisierten Welt gekommen.

Das gemeinsame Ziel, durch friedliche Interaktion Stabilität und Wohlstand herbeizuführen, macht Europa und Zentralasien zu Partnern für eine intensiviertere Zusammenarbeit. Das entschlossene Eintreten der EU für ihre östlichen Nachbarn im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik wird auch eine weitere Annäherung zwischen Europa und Zentralasien sowohl bei der politischen Zusammenarbeit als auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung bewirken.

Der Aufbau und die Konsolidierung stabiler, gerechter und offener Gesellschaften, die sich an internationale Standards halten, ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und den zentralasiatischen Staaten zur vollen Entfaltung gelangen kann. Verantwortungsvolle Staatsführung, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Demokratisierung sowie allgemeine und berufliche Bildung sind Schlüsselbereiche, in denen die EU ihre Erfahrung und Sachkenntnis teilen möchte. Die EU kann Beratung in der Frage anbieten, wie durch regionale Integration politische Stabilität und Wohlstand herbeigeführt werden können. Auch kann sie die aus dem politischen und wirtschaftlichen Umbruch in Mittel- und Osteuropa geschöpfte Erfahrung weitergeben. Dank ihrer reichen Traditionen und des seit Jahrhunderten gepflegten Austauschs können die EU und Zentralasien aktiv zum Dialog zwischen Zivilisationen beitragen.

Viele der Herausforderungen, vor denen die globalisierte Welt steht, betreffen Europa und Zentralasien gleichermaßen und erfordern eine gemeinsame Reaktion. Die EU muss in Fragen der Sicherheit und der regionalen Wirtschaftsentwicklung mit jedem der zentralasiatischen

Staaten eng zusammenarbeiten, wobei jeweils die geografische Lage, insbesondere im Verhältnis zu Afghanistan, Pakistan und Iran, berücksichtigt werden muss. Dies gebietet sich unter anderem bei den Entwicklungen in den Bereichen Grenzschutz, Migration und Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus sowie des Handels mit Menschen, Drogen und Waffen.

Die Abhängigkeit der EU von externen Energiequellen und die Notwendigkeit einer Politik der diversifizierten Energieversorgung eröffnen weitere Perspektiven für eine Zusammenarbeit zwischen der EU und Zentralasien. Die Bemühungen der EU um die Stärkung lokaler Energiemärkte werden dazu beitragen, die Investitionsbedingungen zu verbessern, die Energieproduktion und -effizienz in Zentralasien zu steigern und die Energieversorgung und -verteilung in der Region zu diversifizieren.

Über diese Strategie und das Hilfsprogramm der Kommission für den Zeitraum 2007 bis 2013 definiert die EU die Prioritäten für ihre Zusammenarbeit mit den einzelnen zentralasiatischen Staaten je nach deren spezifischen Bedürfnissen, Anforderungen und Leistungen, unter anderem in den Bereichen Menschenrechte, verantwortungsvolle Staatsführung, Demokratie und soziale Entwicklung. Die EU beabsichtigt, den Anteil der Mittel, die aus dem EU-Haushalt 2007-2013 im Rahmen der neuen Außenhilfsmittel der EU für die Unterstützung der zentralasiatischen Staaten bereitgestellt werden, zu verdoppeln.

Die EU-Mitgliedstaaten sind bereit, auf der Grundlage und in Ergänzung des Hilfsprogramms der Kommission Möglichkeiten zu prüfen für spezifische bilaterale Partnerschaften und Partnerschaftsprogramme mit einzelnen zentralasiatischen Staaten sowie für Programme mit regionaler Dimension auf der Grundlage einer angemessenen und koordinierten Bedarfsanalyse. Die Mitgliedstaaten werden die Gemeinschaftsprogramme unterstützen, um zu einer kohärenteren und greifbareren EU-Politik in der Region beizutragen.

Zur Behandlung von Fragen von besonderer Bedeutung wird die EU im Rahmen dieser Strategie

- einen regelmäßigen politischen Dialog auf Außenministerebene ins Leben rufen;
- eine "Europäische Bildungsinitiative" einleiten und die zentralasiatischen Staaten beim Aufbau einer "E-Seidenstraße" unterstützen;
- eine "Rechtsstaatlichkeitsinitiative der EU" einleiten;
- einen regelmäßigen, ergebnisorientierten Menschenrechtsdialog mit jedem einzelnen zentralasiatischen Staat ins Leben rufen;
- mit den zentralasiatischen Staaten einen regelmäßigen Dialog über Energiefragen führen.

Bei der Umsetzung der Ziele dieser Strategie wird sich die EU von den Grundsätzen des gleichberechtigten Dialogs, der Transparenz und der Ergebnisorientiertheit leiten lassen. Sie wird auch eine enge Zusammenarbeit mit allen Nachbarstaaten Zentralasiens anstreben.

II. Die strategischen Interessen der EU: Sicherheit und Stabilität

Die EU hat ein ausgeprägtes Interesse daran, dass in Zentralasien Frieden, Demokratie und wirtschaftlicher Wohlstand herrschen. Das Ziel der EU-Strategie besteht daher darin, gemeinsam mit den zentralasiatischen Staaten aktiv auf diese Ziele hinzuarbeiten und auch einen Beitrag zur Wahrung von Frieden und Wohlstand in den Nachbarstaaten leisten.

Die Strategie baut auf den Fortschritten auf, die die zentralasiatischen Staaten seit Erlangung der Unabhängigkeit bereits selbst erzielt haben. Sie trägt den Gemeinsamkeiten zwischen diesen Staaten wie auch den spezifischen nationalen Gegebenheiten und Anforderungen Rechnung.

Ferner stützt sich die Strategie auf die Ergebnisse, die mit der Umsetzung der verschiedenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, der Hilfsprogramme der EU und anderer Initiativen der EU zur Unterstützung der zentralasiatischen Staaten erzielt wurden.

Die gemeinsamen Interessen der EU und der Staaten Zentralasiens bilden die Grundlage der Strategie. Die Abstimmung der Erwartungen der zentralasiatischen Partner auf die der EU wird sich als Prozess von beiderseitigem Nutzen und zur gegenseitigen Stärkung vollziehen.

Der EU ist sehr an Sicherheit und Stabilität sowie an der Achtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit in den zentralasiatischen Staaten gelegen, da

- strategische, politische und wirtschaftliche Entwicklungen sowie die zunehmenden transregionalen Herausforderungen in Zentralasien direkt oder indirekt auch die Interessen der EU berühren;
- mit der EU-Erweiterung, der Einbeziehung des Südkaukasus in die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Schwarzmeersynergie-Initiative Zentralasien und die EU näher zusammenrücken;
- die zentralasiatischen Staaten mit ihren beträchtlichen Energieressourcen und der von der ihnen angestrebten Diversifizierung bei den Handelspartnern und Versorgungswegen zur Deckung des Bedarfs der EU an Energiesicherheit und Energieversorgung beitragen können.

Die EU ist davon überzeugt, dass ein verstärktes Eintreten der zentralasiatischen Staaten für Völkerrecht, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und demokratische Werte sowie Marktwirtschaft zur Förderung von Sicherheit und Stabilität in der Region beitragen und deren Staaten zu verlässlichen Partnern der EU mit gemeinsamen Interessen und Zielsetzungen machen wird.

III. Instrumente

Zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten wird die EU unter Einsatz des ganzen Spektrums der GASP-Instrumente das Potenzial der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, der Programme der Kommission und der Mitgliedstaaten, von Kooperationsrahmen wie der Baku-Initiative sowie des politischen Dialogs voll ausschöpfen. Die Zusammenarbeit mit den VN, insbesondere der ECE, der OSZE, der Venedig-Kommission des Europarates, der NATO, internationalen Finanzinstituten und anderen regionalen Organisationen und Foren wird verstärkt. Der EU-Sonderbeauftragte, die Botschaften der EU-Mitgliedstaaten und die Delegationen der Europäischen Kommission sollten sich um eine intensivere Zusammenarbeit mit der OSZE bemühen. Darüber hinaus strebt die EU gemeinsam mit den zentralasiatischen Staaten neue Formen der Zusammenarbeit an, wie z.B. einen regelmäßigen bilateralen Menschenrechtsdialog.

Der EU-Sonderbeauftragte und die Kommission sowie die Mitgliedstaaten spielen bei der Umsetzung dieser Strategie eine wichtige Rolle. Der EU-Sonderbeauftragte sollte im Namen des Hohen Vertreters und im Einklang mit seinem Mandat gemeinsam mit der Kommission und dem Vorsitz und unbeschadet der Zuständigkeiten der Gemeinschaft die Umsetzung überwachen, Empfehlungen aussprechen und den zuständigen Ratesgremien regelmäßig Bericht erstatten.

Partnerschaften und der Austausch von Personal zwischen Verwaltungen oder Unternehmen der EU und Zentralasiens bilden einen wichtigen Teil der Zusammenarbeit EU-Zentralasien mit dem Ziel, auf EU-Ebene bewährte Praktiken im Zusammenhang mit den Rechtsvorschriften der Gemeinschaft einzuführen. Diese Politik wird auf der Grundlage der gewonnenen Erfahrung ausgebaut.

Initiativen zur Gründung von öffentlich-privaten Partnerschaften sowie bilaterale Instrumente und Programme der Mitgliedstaaten können eine wichtige Rolle für ein verstärktes Engagement der EU in Zentralasien spielen.

Die Interaktion mit internationalen Finanzinstituten, darunter der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), wird verstärkt. Die Europäische Investitionsbank (EIB) sollte eine wichtige Rolle dabei spielen, in Zentralasien Projekte im Interesse der EU zu finanzieren.

IV. Bilaterale und regionale Zusammenarbeit

Die EU-Strategie zielt auf eine ausgewogene bilaterale und regionale Herangehensweise ab. Die EU wird ihre politischen Konzepte für Zentralasien auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und die jeweilige Leistung der einzelnen Staaten der Region abstimmen. Die EU wird die regionale Zusammenarbeit der zentralasiatischen Staaten untereinander sowie zwischen diesen Staaten und anderen Regionen fördern.

Besondere Bedeutung kommt der bilateralen Zusammenarbeit zu. Diese wird so intensiviert, dass angemessen auf die von jedem einzelnen der fünf zentralasiatischen Staaten vorgebrachten Vorschläge eingegangen werden kann. Die bilaterale Zusammenarbeit gebietet sich insbesondere in Bereichen wie Menschenrechte, wirtschaftliche Diversifizierung und Energie sowie in anderen sektoralen Fragen, darunter Jugend und Bildung. An der Intensität dieser Zusammenarbeit wird sich das Eintreten jedes einzelnen Staates für Übergang und Reform ablesen lassen.

Ein regionaler Ansatz bietet sich an, um gemeinsame regionale Herausforderungen anzugehen, so z.B. in den Bereichen organisierte Kriminalität, Handel mit Menschen, Drogen und Waffen, Terrorismus und Nichtverbreitung, interkultureller Dialog, Energie, Umweltverschmutzung, Wasserwirtschaft, Migration sowie Grenzschutz und Verkehrsinfrastruktur. Diesbezüglich wird die EU mit internationalen Finanzinstituten sowie multilateralen und regionalen Organisationen und Institutionen zusammenarbeiten.

Die EU ist bereit, einen offenen und konstruktiven Dialog mit regionalen Organisationen in Zentralasien aufzunehmen und regelmäßige Ad-hoc-Kontrakte zu pflegen, unter anderem mit der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft (EURASEC), der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), der Konferenz über Zusammenwirken und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien (CICA), der Organisation des kollektiven Sicherheitspakts (CSTO), CAREC (Central Asia Regional Economic Cooperation) und CARICC (Central Asia Regional Information Coordination Centre).

V. Ein verstärktes EU-Konzept

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung und Demokratisierung

Der Aufbau eines stabilen politischen Rahmens und funktionierender Wirtschaftsstrukturen setzt Rechtsstaatlichkeit, die Achtung der Menschenrechte, eine verantwortungsvolle Staatsführung sowie transparente und demokratische politische Strukturen voraus.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden sich verstärkt für den Schutz der Menschenrechte und für die Schaffung und den Ausbau einer unabhängigen Justiz einsetzen, um so einen nachhaltigen Beitrag zur Schaffung von Strukturen zu leisten, die auf Rechtsstaatlichkeit und internationalen Menschenrechtsstandards beruhen. Es wird auch in geeigneter Form eine justizielle Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Staaten und den EU-Mitgliedstaaten stattfinden. Die EU wird auf diesem Gebiet eng mit der OSZE, dem Europarat, den Vereinten Nationen und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte zusammenarbeiten.

Die EU führt mit einer Reihe von Staaten Menschenrechtsdialoge. Diese Dialoge gehören zu den außenpolitischen Instrumenten der EU. Menschenrechtsdialoge sind wesentlicher Bestandteil der Gesamtstrategie der EU zur Förderung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie von nachhaltiger Entwicklung, Frieden und Stabilität.

Vor diesem Hintergrund wird die EU auf der Grundlage ihrer einschlägigen Leitlinien mit jedem zentralasiatischen Staat in geeigneten Foren Menschenrechtsfragen erörtern, unter anderem im Rahmen eines strukturierten, regelmäßigen und ergebnisorientierten Menschenrechtsdialogs. Form und Modalitäten dieses Dialogs werden zu einem späteren Zeitpunkt von Fall zu Fall festgelegt.

Die Menschenrechtsdialoge mit den einzelnen zentralasiatischen Staaten sollten unter anderem darauf abzielen,

- Fragen von beiderseitigem Interesse zu erörtern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte zu verstärken, unter anderem innerhalb multilateraler Foren wie den Vereinten Nationen und der OSZE;
- die Anliegen der EU in Bezug auf die Menschenrechtslage in den jeweiligen Staaten aufzuzeigen, Informationen zusammenzutragen und Initiativen zur Verbesserung der jeweiligen Menschenrechtslage einzuleiten.

Darüber hinaus tragen Menschenrechtsdialoge dazu bei, praktische Maßnahmen zur Erreichung der Menschenrechtsziele auf nationaler Ebene zu fördern, insbesondere durch finanzielle und technische Zusammenarbeit und spezifische Projekte, die im Rahmen des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte finanziert werden.

Die EU wird auf die Anregungen der zentralasiatischen Staaten eingehen und die Zusammenarbeit in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvollen Staatsführung und Korruptionsbekämpfung weiter intensivieren. Zu diesem Zweck wird die EU eine Initiative für Rechtsstaatlichkeit erarbeiten, in deren Rahmen die von jedem Staat aufgezeigten prioritären Bereiche behandelt werden. Die EU-Mitgliedstaaten und die Kommission werden ihre Projekte sorgfältig aufeinander abstimmen. Im Rahmen der Initiative für Rechtsstaatlichkeit wird die EU die zentralasiatischen Staaten in Kernfragen der Rechtsreform, einschließlich der Reform der Justiz, und bei der Ausarbeitung wirksamer Rechtsvorschriften, beispielsweise in den Bereichen Verwaltungs- und Handelsrecht, unterstützen.

Im Interesse einer Konsolidierung des Friedens und der internationalen Gerichtsbarkeit sind die EU und ihre Mitgliedstaaten bereit, den zentralasiatischen Staaten ihre Erfahrungen zu vermitteln, was die für einen Beitritt zum Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs erforderlichen rechtlichen Anpassungen und die Bekämpfung des internationalen Verbrechens nach völkerrechtlichen Grundsätzen betrifft.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten streben Folgendes an:

- eine angemessene Mittelausstattung für die Initiative für Rechtsstaatlichkeit;
- die kurz- oder auch langfristige Entsendung von Rechts- und Verwaltungsexperten in zentralasiatische Staaten;
- Bereitstellung von Fortbildungsmöglichkeiten für Experten aus den zentralasiatischen Staaten;
- Unterstützung der transparenten Umsetzung der Rechtsreform;
- Ermöglichung des internationalen Austauschs durch die Veranstaltung und finanzielle Unterstützung spezialisierter Konferenzen;
- Erleichterung der Zusammenarbeit zentralasiatischer Staaten mit der Venedig-Kommission des Europarates;
- Förderung der Umsetzung der IAO-Normen und -Übereinkommen für menschenwürdige Arbeit;
- enge Abstimmung mit den laufenden Tätigkeiten der Feldmissionen der OSZE, dem Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) sowie den Vereinten Nationen und deren Hohem Kommissar für Menschenrechte;
- Bereitstellung technischer Hilfe und enge Zusammenarbeit im Hinblick auf die legislativen und verfassungsrechtlichen Anpassungen, die für einen Beitritt zum Römischen Statut und dessen Umsetzung erforderlich sind.

Die Aufgabe, eine Menschenrechtskultur zu unterhalten und Demokratie in den Dienst der Bürger zu stellen, erfordert die aktive Mitwirkung der Zivilgesellschaft. Eine entwickelte und aktive Zivilgesellschaft und unabhängige Medien sind unabdingbare Voraussetzungen für die Entwicklung einer pluralistischen Gesellschaft. Die EU wird mit den zentralasiatischen Staaten auf dieses Ziel hinarbeiten und einen intensiven Austausch mit der Zivilgesellschaft fördern.

Die EU wird ihre Ziele der Förderung und des Schutzes der Menschenrechte weltweit, so auch in den zentralasiatischen Staaten, auch im Rahmen internationaler Gremien wie der Generalversammlung oder dem Menschenrechtsrat verfolgen. Die EU ist bereit, gemeinsam mit den zentralasiatischen Staaten im Rahmen dieser internationalen Foren auf das gemeinsame Ziel hinzuwirken.

In die Zukunft investieren: Jugend und Bildung

Die Zukunft Zentralasiens wird von seiner Jugend gestaltet. Die Mehrheit der Bevölkerung Zentralasiens ist unter 25 Jahre alt, was ein enormes Entwicklungspotenzial in sich birgt. Zur Erschließung dieses Potenzials für die junge Generation bedarf es eines soliden Bildungsangebots.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten werden daher eine europäische Bildungsinitiative für Zentralasien ins Leben rufen, um einen Beitrag zur Anpassung der Bildungssysteme der zentralasiatischen Staaten an die Erfordernisse der globalisierten Welt zu leisten. Die EU ist bereit, mit wichtigen internationalen Partnern und Gebern bei der Unterstützung von Bildungsprogrammen und -institutionen zusammenzuarbeiten.

Im Rahmen der europäischen Bildungsinitiative werden die EU und ihre Mitgliedstaaten insbesondere in folgenden Bereichen Unterstützung leisten:

- Grundschulbildung;
- höhere Schulbildung;
- berufliche Aus- und Weiterbildung;
- Zusammenarbeit im Hochschulbereich, akademischer und Studentenaustausch, z.B. im Rahmen des neuen Programms Erasmus Mundus und des TEMPUS-Programms sowie auf bilateraler Ebene.

Die EU wird die Entwicklung regionaler Bildungszentren fördern und eng mit der OSZE-Akademie in Bischkek zusammenarbeiten. Die EU ist bereit, in der Region Institute für Europäische Studien zu eröffnen und Studenten aus zentralasiatischen Staaten Stipendien für Studien an europäischen Universitäten zu gewähren.

Die EU wird auch die weiteren Tätigkeiten der Europäischen Stiftung für Berufsbildung im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung in Zentralasien unterstützen.

Die EU ist ferner bereit, den Anschluss der zentralasiatischen Staaten an das E-Netz der EU durch den Aufbau einer "E-Seidenstraße" zu unterstützen und Fernstudien zu fördern. Es ist unser Ziel, Zentralasien in globale Internet-gestützte Kommunikationsnetze einzubinden und Studenten, Lehrkräften, Akademikern und Wissenschaftlern aus Zentralasien die Teilnahme an modernen Formen des lebenslangen Lernens zu ermöglichen.

Förderung von Wirtschaftsentwicklung, Handel und Investitionen

Die EU unterstützt die Beseitigung von Handelshemmnissen zwischen den zentralasiatischen Staaten und setzt sich weiterhin dafür ein, dass die vier zentralasiatischen Staaten, die noch nicht Mitglieder der WTO sind, der WTO unter handelspolitisch tragbaren Bedingungen und in voller Übereinstimmung mit den WTO-Anforderungen beitreten können. Der WTO-Beitritt ist der Schlüssel zu einer weiter reichenden Reform und Diversifizierung der Wirtschaft und einer besseren Integration der Staaten in das internationale Handels- und Wirtschaftssystem. Die EU wird die Schaffung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen für ein verbessertes Unternehmens- und Investitionsumfeld fördern und sich weiterhin für die wirtschaftliche Diversifizierung einsetzen. Die EU wird die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten fortsetzen, um den Zugang der Erzeugnisse der Region zu den EU-Märkten zu verbessern. Diesbezüglich bietet das neue Allgemeine Präferenzsystem der EU

(APS – 2006/2015) den bislang besten Präferenzrahmen für eine Förderung der Ausfuhren und der wirtschaftlichen Diversifizierung in diesen Ländern. Gleichzeitig stellt das System für diese Länder einen Anreiz für die Diversifizierung ihrer Wirtschaften auf der Grundlage der von der EU gewährten Vergünstigungen beim Marktzugang dar.

Im Rahmen von INOGATE (Baku-Initiative) und TRACECA (über die Initiative zur Verteidigungsfähigkeit (DCI) und das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) finanziertes Programm) wird die EU die Entwicklung und den Ausbau der regionalen Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Handel fördern, um – nicht zuletzt durch eine verbesserte regionale Zusammenarbeit – das wirtschaftliche Potenzial Zentralasiens besser zu nutzen. Als wichtiger Handelskorridor zwischen Süd- und Ostasien und Europa kann Zentralasien von der Zunahme des Handels profitieren.

Die EU wird sich weiterhin für die Entwicklung marktwirtschaftlicher Strukturen in Zentralasien einsetzen. In diesem Zusammenhang wird die EU im Rahmen einer öffentlich-privaten Partnerschaft mit interessierten EU-Unternehmen zur Förderung der Marktwirtschaft zusammenarbeiten. Sie wird den zentralasiatischen Partnern Ausbildungs- und Hilfsprogramme anbieten und die Staaten der Region in ihren Bestrebungen und konkreten Bemühungen um den Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen unterstützen.

Die EU wird

- die weitere Integration Zentralasiens in das Welthandels- und Weltwirtschaftssystem, insbesondere durch den WTO-Beitrittsprozess und schließlich die WTO-Mitgliedschaft, unterstützen;
- die wirtschaftliche Diversifizierung im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung fördern, und zwar durch eine Stärkung des vor Ort vorhandenen Potenzials (Wissenschaft und Technologie, Innovation, Fremdenverkehr), die Förderung von KMU und den Ausbau der Basisinfrastruktur (Straße, Schiene, Telekommunikation, Informationstechnologie);
- tief greifende Reformen im Finanzsektor unterstützen, die in den meisten Ländern insbesondere im Bank- und Mikrokreditsektor vonnöten sind; diesbezüglich müssen sich die zentralasiatischen Staaten vorrangig um eine Verbesserung des Bankenrechts und seiner Durchsetzung sowie der Bankenaufsicht, die Steigerung des Wettbewerbs zwischen den Banken und die Erleichterung des Zugangs ausländischer Banken bemühen;
- weitere Möglichkeiten sondieren, um die zentralasiatischen Staaten besser in die Lage zu versetzen, das bestehende APS zu nutzen und den regionalen Handel zu fördern;
- die erforderlichen Systeme entwickeln – auch im Hinblick auf die Rechtsangleichung an den EU-Besitzstand –, um den Zugang zentralasiatischer Erzeugnisse zum EU-Markt zu verbessern;
- weiterhin die Bemühungen der zentralasiatischen Staaten um eine vollständige

Umsetzung der Handels- und Wirtschaftsbestimmungen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unterstützen;

- die handelsbezogene technische Hilfe und strategische Beratung ausweiten, um die Schaffung des rechtlichen und institutionellen Rahmens zu erleichtern, der eine Verbesserung der unternehmerischer Rahmenbedingungen bewirken und Anreize für ausländische Direktinvestitionen schaffen kann;
- die Länder der Region bei der Ausarbeitung von Strategien zur Verbesserung ihrer Kreditfähigkeit unterstützen, damit sie für künftige Darlehensprogramme in Frage kommen;
- die Länder der Region dabei unterstützen, ihre Zollverfahren an die von der Weltzollorganisation festgelegten vorgegebenen Praktiken anzugleichen;
- Initiativen zur Weitergabe von Know-how und zum Aufbau von Kapazitäten unterstützen.

Ausbau der Energie- und Verkehrsverbindungen

Die EU und Zentralasien haben größtes Interesse an der Stärkung der Energiesicherheit als einem wichtigen Aspekt der globalen Sicherheit. Es besteht gemeinsames Interesse an einer Diversifizierung der Exportwege, der Nachfrage- und Lieferstrukturen und der Energieträger.

Neben Erdöl, Erdgas und Elektrizität stellt die Wasserwirtschaft einen entscheidenden Aspekt der Zusammenarbeit mit Zentralasien im Energiesektor dar. Die Stromerzeugung durch Wasserkraft und die Stromverteilung sind maßgeblich für die Förderung von Stabilität und Wohlstand in Zentralasien und darüber hinaus, u.a. in Afghanistan und Pakistan. Ihr Potenzial wurde nicht ausreichend genutzt.

Die Erschließung von Erdöl- und Erdgasressourcen hat die Rolle der zentralasiatischen Staaten als Energieerzeuger und Transitländer deutlich gestärkt. Die zunehmende Ausbeutung der Öl- und Gasvorkommen wird zu einer besseren Belieferung der Weltmärkte beitragen und eine Diversifizierung bewirken. Erdgaslieferungen aus der Region sind für die EU von besonderer Wichtigkeit.

Daher können in den nächsten Jahren die Grundlagen für eine auf gemeinsamen Interessen und Gegenseitigkeit beruhende langfristige Partnerschaft geschaffen werden. Für die Nutzung der Energieressourcen der zentralasiatischen Staaten sind erhebliche und anhaltende Investitionen sowie umfassende Strategien erforderlich, die alle Komponenten ihrer Energiesektoren erfassen und den Zugang zu den am weitesten entwickelten Märkten erleichtern. Die EU ist ihrerseits bereit, in Zusammenarbeit mit anderen interessierten Partnern alle Optionen für die Erschließung und Beförderung dieser Ressourcen zu prüfen.

Ein marktorientierter Ansatz für Investitionen und Beschaffung sowie transparente, stabile und nicht diskriminierende rechtliche Rahmenbedingungen garantieren die besten Preise für alle Energieträger und mehr Möglichkeiten für alle Akteure.

Vor diesem Hintergrund wird die EU einen verstärkten regelmäßigen Dialog mit den zentralasiatischen Staaten im Rahmen der Baku-Initiative¹ führen. Die Tätigkeit der EU wird ferner auf der Energiecharta und bilateralen Vereinbarungen zu Energiefragen beruhen.

Die EU wird die Erkundung neuer Öl-, Gas- und Wasserkraftressourcen und die Modernisierung der bestehenden Energieinfrastruktur unterstützen. Um die Sicherheit ihrer Energieversorgung zu erhöhen, wird die EU außerdem die Entwicklung zusätzlicher Pipeline-Verbindungen und Energietransportnetze unterstützen. Sie wird auch zu regionaler Energiesicherheit und Zusammenarbeit beitragen und die Exportmärkte für zentralasiatische Erzeuger erweitern. Die EU wird den zentralasiatischen Ländern politische Unterstützung und Hilfe bei der Entwicklung eines neuen Energietransportkorridors Kaspisches Meer / Schwarzes Meer - EU gewähren.

Die EU wird die Errichtung eines integrierten zentralasiatischen Energiemarktes fördern und öffentlich-private Partnerschaften, die EU-Investitionen begünstigen, unterstützen. Ausgehend von den in der Baku-Initiative festgelegten Zielen wird die EU ihre Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten insbesondere auf folgende Schwerpunkte ausrichten:

- Konvergenz der Energiemärkte auf der Grundlage der Grundsätze für den Energiebinnenmarkt der EU unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Partnerländer;
- Stärkung der Energiesicherheit, indem Fragen betreffend Energieeinfuhren und -ausfuhren, Lieferungen, die Diversifizierung, die Energiedurchleitung und die Energienachfrage behandelt werden;
- Transparenz und Aufbau von Kapazitäten in den Bereichen Statistik und Ordnungspolitik im Energiesektor;
- Förderung und Ausbau der technologischen Zusammenarbeit zwischen der EU und den zentralasiatischen Staaten im Energiesektor;
- Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung des Energiesektors, u. a. durch die Entwicklung der Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger und Nachfragesteuerung;

¹ Energiezusammenarbeit zwischen der EU, den Anrainerstaaten des Schwarzen und des Kaspischen Meeres und ihren Nachbarländern, die auf der Konferenz der

- Anreize für Investitionen in Energievorhaben von gemeinsamem und regionalem Interesse;
- Unterstützung für die Sanierung der vorhandenen Pipelines und den Bau neuer Pipelines und Energietransportnetze innerhalb der Region und nach Europa;
- Unterstützung der Ausarbeitung umfassender Aktionsprogramme, mit denen Energieeinsparungen, Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger gefördert werden sollen, um insbesondere die Verpflichtungen im Rahmen des Kyoto-Protokolls zu erfüllen;
- Unterstützung der Initiative für einen globalen Fonds für Energieeffizienz und erneuerbare Energie;
- Ermutigung der Länder, ähnliche Initiativen zu ergreifen, wie sie die EU im Aktionsplan für eine Energiepolitik für Europa (Europäischer Rat vom März 2007) vorgesehen hat;

Darüber hinaus wird die EU weiter die Initiative für die Transparenz in der Rohstoffwirtschaft in Zentralasien fördern, um so zu nachhaltiger Entwicklung und Armutsbekämpfung beizutragen.

Umweltverträglichkeit und Wasser

Eine der größten Herausforderungen für die Welt im 21. Jahrhundert wird ein gerechter Zugang zu den Wasserressourcen sein. Die meisten großen Umweltprobleme in Zentralasien betreffen die Zuteilung und die Nutzung der Wasserressourcen sowie den Schutz ihrer Qualität. Für eine Region, die durch grenzüberschreitende Flüsse, Seen und Meere verbunden ist, ist ein regionaler Ansatz für den Schutz dieser Ressourcen von entscheidender Bedeutung. Damit verbunden ist die Notwendigkeit einer besseren Waldbewirtschaftung. Ebenso bedarf es einer integrierten Wasserwirtschaftspolitik (Solidarität zwischen Oberliegern und Unterliegern).

Für die EU ist die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserpolitik von besonderem Interesse, vor allem damit die Millenniums-Entwicklungsziele für sauberes Trinkwasser und eine effiziente Abwasserentsorgung bis 2015 erreicht werden können.

Energieminister im November 2004 in Baku eingeleitet wurde.

Gleichzeitig kann die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich der Wasserwirtschaft zu regionaler Sicherheit und Stabilität und wirtschaftlicher Entwicklung beitragen.

Im Frühjahr 2006 wurde der Umweltdialog EU-Zentralasien eingeleitet; er wird die Grundlage für gemeinsame Kooperationsbemühungen bilden.

Große Bedeutung wird auch Umweltbelangen beigemessen, die die Gewinnung und den Transport von Energieressourcen sowie die Anfälligkeit für Klimaänderungen und Naturkatastrophen betreffen. Fragen des Umweltschutzes sollten im regionalen Dialog auf allen Ebenen Berücksichtigung finden.

Daher wird die EU folgende Maßnahmen treffen:

- Unterstützung für die Umsetzung der EECCA-Komponente (Osteuropa, Kaukasus, Zentralasien) der EU-Wasserinitiative (EUWI-EECCA) für die Trinkwasserversorgung, die Abwasserentsorgung und eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen;
- Förderung der grenzüberschreitenden Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten und der regionalen Zusammenarbeit im Rahmen des Umweltübereinkommens für das Kaspische Meer;
- spezielle Unterstützung für die integrierte Bewirtschaftung grenzüberschreitender Oberflächen- und Grundwasserressourcen, einschließlich der Einführung von Techniken für eine effizientere Wassernutzung (Bewässerung und andere Techniken);
- Ausbau der Zusammenarbeit zur Schaffung geeigneter Rahmen, um die Finanzierung von Wasserinfrastrukturprojekten zu erleichtern, u. a. durch die Gewinnung internationaler Finanzinvestitionen und Fonds in öffentlich-privater Partnerschaft;
- Unterstützung des Aufbaus regionaler Kapazitäten für die integrierte Wasserwirtschaft und die Stromerzeugung durch Wasserkraft;
- Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Ländern beim Klimaschutz, einschließlich Unterstützung bei der Einführung und weiteren Umsetzung der Mechanismen des Kyoto-Protokolls auf regionaler Ebene;
- Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Ländern bei der Bekämpfung der Desertifikation und Erhaltung der biologischen Vielfalt, auch durch Unterstützung bei der Umsetzung der VN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt und die Bekämpfung der Desertifikation;

- Verbesserung der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder und anderer Naturressourcen Zentralasiens durch Unterstützung für die regionalen Aspekte der indikativen Maßnahmen im Rahmen der Ministerkonferenz für Rechtsdurchsetzung und Politikgestaltung im Forstsektor (FLEG);
- Steigerung des Bewusstseins für Umweltbelange und Bildung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Umweltbereich, auch im Rahmen einer Zusammenarbeit mit dem Regionalen Umweltzentrum für Zentralasien (CAREC).

Vor dem Hintergrund der vorgenannten Prioritäten wird die EU auch den folgenden damit zusammenhängenden Aspekten Aufmerksamkeit widmen:

- Unterstützung der zentralasiatischen Staaten bei der Konzipierung von Maßnahmen zur Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung;
- Verbesserung der Fähigkeiten in Zentralasien in Bezug auf die Vorsorge für und die Bewertung von Naturkatastrophen;
- Intensivierung der Zusammenarbeit mit der EnvSec-Initiative.

Bewältigung gemeinsamer Bedrohungen und Herausforderungen

Mit einer modernen Form des Grenzschutzes, der offene und sichere Grenzen schafft, könnten Handel und Austausch in der Region erleichtert und ein Beitrag zur Bekämpfung regionaler Kriminalität, insbesondere im Bereich des internationalen Drogenhandels, geleistet werden.

Die Unterstützung bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität wird eine der Prioritäten der EU in der Region sein und auf die Verminderung nichtkonventioneller Bedrohungen abstellen.

Eine der größten globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts ist die Migration. Die positiven wie negativen Auswirkungen der Migration machen sich in allen Staaten bemerkbar, so auch in Zentralasien. Die EU bemüht sich im Rahmen ihres Gesamtansatzes zur Migrationsfrage um eine Intensivierung des Dialogs und der Zusammenarbeit in Migrationsfragen mit Transit-, Herkunfts- und Zielregionen. Als Teil ihres Gesamtansatzes schlägt die EU vor, mit den östlichen und südöstlichen Nachbarregionen einen intensiven Dialog über die Migration einzuleiten.

Die EU wird ihre Unterstützung für die Entwicklung eines modernen Grenzschutzes in Zentralasien, auch an den Grenzen zu Afghanistan, verstärken. Die Zusammenarbeit zwischen Afghanistan und seinen Nachbarn sollte intensiviert werden. Über das BOMCA-Programm wird die EU einen multilateralen und regionalen Ansatz anstreben.

Die EU wird die Tätigkeiten im Rahmen des BOMCA-Programms ausweiten und Synergien mit den laufenden Projekten zur Reform der Zolldienste anstreben. Sie wird eine bessere Koordinierung anstreben und die Möglichkeiten für eine enge Zusammenarbeit zwischen der BOMCA-Initiative, der OSZE und anderen Grenzprojekten von Mitgliedstaaten und Drittstaaten sondieren.

Die EU wird

- sich weiterhin für die Einführung der Grundsätze des integrierten Grenzschutzes bei den Grenzschutzdiensten und anderen beteiligten Stellen einsetzen;
- sich mit bestimmten Grenzübergangsstellen befassen;
- organisatorische Hilfe bei der Umwandlung des Grenzschutzes von einem Pflichtdienst in einen berufsmäßigen Dienst leisten, den Übergang von einem rein militärischen System zu einer eher wie die Polizei organisierten Strafverfolgungsbehörde unterstützen und die Bemühungen um eine Stärkung der Kontrollmechanismen fördern;
- eine stärkere Einbeziehung der Zolldienste fördern, um den Handel zu erleichtern;
- die Anpassung des Rechtsrahmens an die aktuellen völkerrechtlichen Grundsätze für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität anstreben (z.B. Anpassung an das VN-Übereinkommen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und seine Protokolle), wobei der Schwerpunkt auf die illegale Zuwanderung, den Menschenhandel und die Verhütung und Bekämpfung des Handels mit Drogen und Drogenausgangsstoffen gelegt wird; die institutionellen Kapazitäten der Strafvollzugsbehörden verbessern und die regionale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität intensivieren.

Gleichzeitig wird die EU den interessierten zentralasiatischen Staaten weiterhin anbieten, sie – auf nationaler wie auch auf regionaler Ebene – dabei zu unterstützen, ihre Migrationspolitik ausgewogener zu gestalten, wozu gehört, funktionierende Systeme für einen Ausgleich von Arbeitskräftenachfrage und -angebot einzurichten, die Integration legaler Zuwanderer zu erleichtern und Asylbewerbern und Flüchtlingen sowie anderen Risikogruppen internationalen Schutz zu gewähren.

Die EU wird sich verstärkt für die Bekämpfung der Korruption, des Drogenhandels, des Menschenhandels, der illegalen Verbringung von Waffen nach und aus Afghanistan sowie der organisierten Kriminalität in Zentralasien einsetzen. Sie wird die Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus intensivieren. Die EU wird die Drogenbekämpfung durch eine spezifische Präsenz der EU in Duschanbe untermauern. Sie wird die zügige Einrichtung des regionalen Anti-Drogen-Zentrums

(CARICC) in Almaty unterstützen und die Zusammenarbeit mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) intensivieren – auch im Hinblick auf das Aufspüren chemischer Ausgangsstoffe für die Heroinproduktion. Die Kooperation mit China und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit auf dem Gebiet des illegalen Drogenhandels wird verstärkt.

Das Ferghana-Tal veranschaulicht am besten die Herausforderungen und möglichen Perspektiven für Zentralasien. Die EU ist daher bereit, die zentralasiatischen Staaten, die gemeinsame Grenzen im Ferghana-Tal haben, bei Projekten zu unterstützen, mit denen Stabilität, Wohlstand und nachhaltige Entwicklung in dieser Region herbeigeführt werden sollen. Besondere Aufmerksamkeit wird die EU den Programmen widmen, die Fragen des Grenzschutzes, des intraregionalen Handels und des freien Waren- und Personenverkehrs betreffen.

Brücken bauen: Der interkulturelle Dialog

Die Vielfalt der Religionen und jahrhundertealte Traditionen von Frieden und Toleranz sind ein kostbares Erbe in Zentralasien. Eine gemäßigte und tolerante islamische Weltsicht, die das in der Verfassung verankerte säkulare Prinzip achtet, ist eines der Merkmale, die die Länder Zentralasiens auszeichnen. Die EU hat großen Respekt vor der friedlichen multiethnischen und multikulturellen Koexistenz verschiedener Glaubensrichtungen in Zentralasien.

Hieran anknüpfend wird sich die EU für den Dialog innerhalb der Zivilgesellschaft und die Achtung der Religionsfreiheit einsetzen.

VI. Die EU und Zentralasien in der Zukunft

Diese Strategie der EU für Zentralasien bildet den umfassenden Rahmen für die Politik der EU in der Region Zentralasien. Die EU ist der Ansicht, dass ein kontinuierlicher Dialog und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den fünf zentralasiatischen Staaten für beide Seiten von Interesse ist; dabei gilt es, ihre Unterschiede zu respektieren und eine engere Zusammenarbeit zwischen ihnen bei regionalen Themen zu fördern.

Die EU ist bereit, in erheblichem Maße zu Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in Zentralasien beizutragen. Zu diesem Zweck wird die EU in allen fünf Ländern Zentralasiens Delegationen der Kommission eröffnen. Die Mitgliedstaaten werden die Erweiterung des Netzes

der Botschaften in Zentralasien prüfen.

Die EU wird für Kohärenz zwischen dieser Strategie für Zentralasien und anderen regionalen Initiativen der EU wie der Schwarzmeersynergie-Initiativesorgen. Sie wird den Handel und die Zusammenarbeit innerhalb der Region unterstützen. Sie wird auch eine aktive Einbeziehung/Partizipation Zentralasiens in der WTO unterstützen, um eine bessere Integration dieser Länder in den Welthandel und das Wirtschaftssystem sicherzustellen.

Mit dieser Strategie lädt die EU Zentralasien ein, einen verstärkten politischen Dialog mit regelmäßigen Treffen der Außenminister mit der EU-Troika einzurichten. Die EU wird jährliche Treffen mit ihren Missionsleitern in der Region abhalten.

Entsprechend den Prinzipien dieser Strategie wird die EU gemeinsam mit jedem der zentralasiatischen Länder individuelle Konzepte für die Umsetzung der Strategie entwickeln, die den speziellen Bedürfnissen und der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Landes Rechnung tragen, und dies auf der Grundlage bestehender und künftiger Abkommen wie beispielsweise PKA.

Die Fortschritte bei der Umsetzung der Strategie werden im Juni 2008 und anschließend mindestens alle zwei Jahre vom Rat überprüft.

Regionale Hilfsstrategie der EG für Zentralasien (2007-2013)

Die Regionale Hilfsstrategie der EG für Zentralasien (2007-2013) ist als Instrument zur Unterstützung eines verstärkten politischen Dialogs mit den Staaten Zentralasiens auf regionaler und nationaler Ebene und zur Verwirklichung der oben festgelegten Ziele konzipiert. Entsprechend diesem größeren Engagement der EU in der Region werden die Haushaltsmittel für die EG-Hilfe für Zentralasien im Rahmen der neuen Finanziellen Vorausschau 2007-2013 erheblich – nämlich insgesamt auf 750 Mio. Euro – angehoben, wobei die im Rahmen des Instruments für die Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr für die Region durchschnittlich zugewiesenen Mittel von 58 Mio. Euro im Jahr 2007 auf 139 Mio. Euro im Jahr 2013 ansteigen werden.

Der Großteil der EG-Hilfe für Zentralasien – 70 % – wird unter Berücksichtigung der politischen Agenda der einzelnen zentralasiatischen Staaten und ihrer unterschiedlichen politischen und sozialen Gegebenheiten in die bilateralen Hilfsprogramme fließen.

Angesichts der Tatsache, dass mehr als 50 % der Landbevölkerung unter der Armutsgrenze leben, bleibt die Armutsbekämpfung durch Reformen des Sozialwesens und Programme zur Steigerung des Lebensstandards insbesondere in ländlichen Gegenden, darunter Bildungsprogramme, für die bilaterale Hilfe der EG weiterhin oberste Priorität. Den Orientierungsrahmen für derartige Programme bildet die Umsetzung von Strategiepapieren für die Armutsbekämpfung oder ähnlicher Strategiepapiere, denen die Regierungen der zentralasiatischen Staaten sich verpflichtet haben. Den zweiten Schwerpunkt der bilateralen Hilfe wird die Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung und der Demokratisierung sowie die Stärkung der öffentlichen Institutionen kombiniert mit Investitionen in zentralen Bereichen und handelspolitischen Reformen bilden. Der Inhalt der Programme wird gemeinsam mit den Regierungen festgelegt und auf die speziellen Bedürfnisse des jeweiligen Landes zugeschnitten.

Angesichts ihrer Bedeutung für die nachhaltige Entwicklung Zentralasiens werden 30 % der Mittel für die Unterstützung einer engeren zwischenstaatlichen Zusammenarbeit sowohl innerhalb Zentralasiens als auch zwischen Zentralasien, dem Südkaukasus und der EU – insbesondere in den Bereichen Energie, Verkehr, Umwelt und Bildung – verwendet. In diesen Bereichen bildet die Angleichung der Prioritäten für die regionale Zusammenarbeit und der Programme für Zentralasien an die regionale Strategie der EU für ihre östlichen Nachbarn den Kern der künftigen Unterstützungspolitik.

Dank einer engen Abstimmung der Ausrichtung der regionalen Zusammenarbeit zwischen der EU und Zentralasien mit der Ausrichtung der regionalen Programme im Rahmen des Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstruments (ENPI) werden die zentralasiatischen Staaten effektiv von den entsprechenden zwischenstaatlichen Energie-, Verkehrs-, Umwelt- und Bildungsinitiativen und den verstärkten Programmen im Rahmen des ENPI-Ost profitieren können und dies wird ihrer Anbindung an Osteuropa und ihrem Zugang zu globalen Märkten zugute kommen.
